W A S Gibt´s

Mitteilungsblatt der Partei DIE LINKE. Kreisverband Schwabach - Roth

Ausgabe 10 **Mai 2009**

Angriff auf das Demonstrationsrecht gestoppt

Im Grundgesetz Art. 8 heißt es: „Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln."

Mit ihrer vor der letzten Landtagswahl noch vorhandenen absoluten Mehrheit hat die CSU dieses Grundrecht per Gesetz so stark eingeschränkt, dass es faktisch nicht mehr gilt. Demonstrationen müssen in Bayern grundsätzlich mehrere Tage im Voraus angemeldet werden und die Polizei darf dabei filmen, wen und was sie will. Die Zielrichtung ist klar: Bürger, die ihr Grundrecht auf Demonstrationsfreiheit wahrnehmen, sollen dermaßen eingeschüchtert werden, dass sie „freiwillig" darauf verzichten. Wer unangemeldet demonstriert, landet zwar nicht gleich im Gefängnis wie in Diktaturen, aber er wird mit einem Bußgeldbescheid bedroht. Das CSU-regierte Bayern spielt(e) einmal mehr Vorreiter auf dem Weg in den Polizei- und Überwachungsstaat.

Die damals in der Opposition befindliche, inzwischen mitregierende FDP hat sich auf ihre liberale Tradition besonnen und eine Novellierung des bayerischen Versammlungsgesetzes angemahnt. Das Bundesverfassungsgericht als höchstrichterliche Instanz wollte die Novellierung jedoch nicht abwarten, sondern hat seinerseits das geltende bayerische Versammlungsrecht in mehreren Punkten für unzulässig erklärt – so eklatant ist der Verstoß gegen das Grundgesetz.

Die Stellungnahme des Bundesverfassungsgerichts kommt einer schallenden Ohrfeige für die bayerische Staatsregierung unter Beckstein wie Seehofer und der ihr hörigen Landtagsfraktion der CSU gleich. Eine Neufassung des Gesetzes, die das Grundrecht auf Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit in Bayern wieder herstellt, ist jetzt auch auf Druck des höchsten deutschen Gerichts hin dringend erforderlich.

Für uns als Partei DIE LINKE ist das Grundrecht auf Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit von vitalem Interesse. Wir brauchen das Recht, für einen gesetzlichen Mindestlohn, sichere Renten und eine solide Finanzpolitik und gegen sozialen Kahlschlag sowie einseitige Verlagerung der Kosten der Finanz- und Wirtschaftskrise auf unsere Schultern gegebenenfalls auch auf die Straße gehen zu können. Und wir wollen dabei nicht als Kriminelle behandelt werden!

Die vom Bayerischen Landtag beschlossenen Einschränkungen des Rechts auf Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit müssen umgehend zurückgenommen werden! (HJ)

(JH)

Es wird also auch in Zukunft Demonstrationen geben wie hier in Frankfurt/Main am 28. März 2009 (Bild: J. Kohout)

07. Juni 2007

EUROPAWAHL

Unterstützen Sie

DIE LINKE.
IM EUROPAPARLAMENT

Für ein soziales Europa

Wir lassen uns keinen Sand in die Augen streuen!

Zur gegenwärtigen Wirtschafts- und Finanzkrise

Der Bankencrash vom vergangenen Jahr, dessen Folgen noch lange zu spüren sein werden, hat inzwischen die Realwirtschaft voll erfasst: Experten sagen für das laufende Jahr ein „Minuswachstum“ (schönes Unwort!) von bis zu acht Prozent voraus. Hiobsbotschaften aus allen Branchen der Wirtschaft, vor allem aus der Autoindustrie, häufen sich. Nicht nur die zum konkursverdächtigen Konzern General Motors gehörende Adam Opel AG und die Firma Schaeffler, die sich mit Krediten die Mehrheit beim Autozulieferer Continental sichern wollte und nun die hohen Zinsen nicht zahlen kann, stehen ohne staatliche Hilfe kurz vor der Pleite, auch zahlreiche mittelständische Betriebe blicken in eine ungewisse Zukunft. Vor allem der massive Rückgang der Aufträge aus dem Ausland schlägt bei den exportorientierten Unternehmen negativ zu Buche. Die Folgen sind auch auf dem Arbeitsmarkt spürbar: Kurzarbeit und Entlassungen nehmen inzwischen rasant zu. Doch es handelt sich nicht nur um das übliche Auf und Ab zwischen Wirtschaftsaufschwung und Rezession. Zurzeit erleben wir die heftigste Katastrophe des kapitalistischen Wirtschaftssystems seit der Weltwirtschaftskrise vor 80 Jahren.

Mit gigantischen Kreditgarantien hat die Grosse Koalition aus CDU/CSU- und SPD rasch ihren „Schutzschild“ aufgebaut, unter den sich „notleidende“ Banken flüchten können. Das seit Anfang des Jahres laufende Konjunkturprogramm gibt einen kleinen Vorgeschmack, wie die Regierung die Krise bewältigen will. Von der „Abwrackprämie“ haben bisher vor allem die Autohändler profitiert, während die Autoindustrie immer mehr Kurzarbeit verordnet. Das Abwracken eines alten Autos ist dem Staat 2500 Euro, die notwendige Ausstattung eines Kindes, das in Armut lebt, dagegen nur 100 Euro wert!

Abgesehen von der Schieflage bei der Verteilung der Mittel aus dem Konjunkturprogramm, stellen sich vor allem zwei Fragen: Erstens: Wer ist verantwortlich für das Desaster? Und zweitens: Wer zahlt die Zeche?

Klar ist inzwischen, dass nicht nur einige besonders geldgierige Banker, sondern auch führende Leute aus Wirtschaft und Politik beim Run auf die größtmögliche Rendite im Kasino-Kapitalismus mitgespielt haben. Dies gilt z.B. für etliche Kommunen, die stadteigene Betriebe an Investmentfirmen „verleast“ haben, um von den Steuervorteilen in den USA mit zu profitieren, und beim Rückkauf jetzt hohe Verluste einstecken müssen. Es gilt ebenso für die Aufsichtsräte der Landesbanken, die riskante Geschäfte auf den Weltfinanzmärkten - wo die Landesbanken eigentlich nichts zu suchen haben – befürwortet haben, und es gilt nicht zuletzt für ehemalige Minister, die jetzt über „Heuschrecken“ klagen, durch ihre neoliberale Steuerpolitik jedoch erst die Möglichkeit geschaffen haben, dass ausländische Hedge- und Private-Equity-Fonds bei uns ganze Firmen aufkaufen und aussaugen können. Wenn die gleichen neoliberalen Politiker heute die Banken und die Wirtschaft „retten“ wollen, so heißt das, die Brandstifter zur Feuerwehr zu machen!

Klar ist auch, wer das Ganze bezahlen soll: Es ist wieder einmal der „kleine Mann“, der einfache Steuerzahler, der schon jetzt die Staatsausgaben für Bundeswehreinsätze in Afghanistan und für immer mehr Überwachung im Innern finanziert und nun auch für den „Schutzschirm“ über den Banken, für die weitere Zahlung unverschämt hoher Managergehälter, für die Kosten des Konjunkturpakets und die Rettungsmaßnahmen für große Industriebetriebe gerade stehen soll.

Das Rezept heißt: Weitere hohe Staatsverschuldung auf Kosten unserer Kinder und Enkel! Keine Anstrengung wird dagegen unternommen, die Verursacher der Krise zur Rechenschaft zu ziehen. Im Gegenteil: Je höher die Position, umso größer die Schonung. Ex-Post-Chef Zumwinckel kann sich für seinen Steuerbetrug, der jeden anderen in den Knast gebracht hätte, freikaufen. Ermittlungsverfahren gegen Manager der BayernLB werden erst gar nicht in die Wege geleitet und niemand kommt auf die Idee, z.B. Frau Schaeffler aufzufordern, wenigstens einen Teil ihres in der Hochkonjunktur gewonnenen Privatvermögens von 6 Mrd. Euro wieder in die Firma zu investieren, ehe sie den Staat anpumpt.

Skepsis ist auch geboten, wenn von der Möglichkeit einer Verstaatlichung (bei der Hypo Real Estate) die Rede ist und Herr Westerwelle von der FDP die „soziale Marktwirtschaft“ – die er selbst mit zu Grabe getragen hat – gegen den heraufziehenden „Sozialismus“ meint verteidigen zu müssen. Denn was heißt „Verstaatlichung“ hier konkret? Nichts anderes als was wir schon seit langem kennen: Für die Milliardenverluste der Bank soll die Allgemeinheit, d.h. der Steuerzahler, gerade stehen; sollten dagegen in einigen Jahren schwarze Zahlen geschrieben werden, werden die Gewinne wieder privat abgeschöpft.

DIE LINKE ist die einzige der im Bundestag (und leider noch nicht im bayerischen Landtag) vertretenen Parteien, die sich nichts vormachen lassen will und die Dinge klar beim Namen nennt: Hauptverursacher der gegenwärtigen Krise ist das Finanzkapital, d.h. jene gigantisch gewachsene Ansammlung riesiger Geldvermögen, deren Besitzer nichts anderes im Sinn haben, als ihr Kapital zu vermehren, und dies auf Kosten der Betriebe und Belegschaften, der arbeitenden und steuerzahlenden Bevölkerung und ihrer Nachkommen. Mitverursacher sind die Banker, Manager und Politiker, die sich zum Handlanger des Finanzkapitals gemacht haben und jetzt mit neoliberalen Mitteln, d.h. auf Kosten der Allgemeinheit, das alte System am laufen halten wollen!

Wir fordern deshalb:

- Die Umverteilung von unten nach oben, d.h. die Bereicherung weniger auf Kosten der Allgemeinheit, muss gestoppt werden!

- Diejenigen, die die Krise mit verschuldet haben, indem sie am Finanzsystem Milliarden verdient haben, sollen auch an der Beseitigung des Desasters angemessen beteiligt werden!

- Um weiterer Spekulation an den Finanzmärkten vorzubeugen, müssen die Steueroasen geschlossen, Hedge- und Private-Equity-Fonds verboten werden; Devisentransaktionen sind zu besteuern.

- Staatliche Hilfen für Banken und inländische Firmen sind nur dann zu gewähren, wenn die Verwendung der Mittel demokratisch kontrolliert wird und der Staat auch an künftigen Gewinnen beteiligt wird.

- Die Leistungen des Konjunkturprogramms müssen vor allem der Verbesserung der Infrastruktur im Bildungs- und Gesundheitswesen und der Förderung der Massenkaufkraft (Anhebung der Einkommen von Geringverdienern, Familien, Rentnern und Erwerbslosen) zu Gute kommen.

(HJ)

Braucht Deutschland wirklich Atomstrom oder gehen die Lichter bald aus?

Obwohl im Jahr 2008 in Deutschland 2 große AKW störbedingt stillstanden war es möglich, die ganzjährige Leistung von 2 Atomkraftwerken ins Ausland zu verkaufen (Exportüberschuss 2008 > 20 Terrawattstunden).

Schon diese Zahlen beweisen eindeutig: 4 AKW können ohne negative Folgen für die deutschen Stromkunden sofort abgeschaltet werden. Der rasant ansteigende Anteil an erneuerbaren Energien sorgt dafür, dass alle AKW in geplanter Weise ersatzlos abgeschaltet werden können.
Nicht Deutschland braucht den Atomstrom sondern die Betreiber, um die ohnehin prallen Taschen mit weiteren Milliarden Gewinnen zu füllen.

Lüge Nr. 1: AKW-Strom ist billig...

Das Deutsche von Asse und Morsleben aufzubringen (nach einem Änderungsantrag der Koalition zum Atomgesetz).
Die AKW-Betreiber können auf steuerbefreite Brennstoffen zurückgreifen, sie sind weitgehend von der Haftpflicht befreit und können
mit rund 50 Milliarden € steuerbefreiten Rückstellungen saftige Gewinne einfahren.
Ungeachtet aller dieser wettbewerbsverzerrenden Vorteile musste der Stromkunde in den letzen 8 Jahren rund 50 % Teuerungszuschläge
zahlen.

Lüge Nr. 2: AKWs machen uns unabhängig...

Deutschland muss Uran zu 100 % importieren. 20 % kommen aus Russland.

Lüge Nr. 3: Atomkraft ist sauber...

In Deutschland haben wir es bereits heute mit 5.500 Tonnen hochradioaktivem Abfall zu tun. Dieser strahlt lebensbedrohend Millionen Jahre. Auch für hunderttausende Tonnen schwach- und mittelradioaktiver Tonnen wird ein Endlager benötigt.

Lüge Nr. 4: Endlagerstätte ist Gorleben...

Der Steuerzahler hat rund 5 Milliarden € für die Stilllegung von Asse und Morsleben aufzubringen.
Die AKW-Betreiber lehnen eine Beteiligung an diesen Kosten ab!!! Die Koalition hat einen Änderungsantrag zum Atomgesetz vorgelegt. Danach sollen die Kernkraftwerks-Betreiber von den Kosten freigestellt werden.
Für Gorleben zeichnet sich ebenfalls ein Aus ab. Stilllegungskosten??? Es existiert kein Endlager für Atommüll. Die Zwischenlager quellen über.

Lüge Nr. 5: AKW sind sicher...

Die Liste der Störfälle ist ellenlang. Die beiden AKW Brunsbüttel und Krümmel können seit den Abschaltungen aufgrund der gravierenden Störfälle Mitte 2007 auch heute noch nicht wieder eingeschaltet werden.

Lüge Nr. 6: AKW-Strom schützt das Klima...

Zurzeit summiert sich der CO_2-Ausstoß durch die Atomenergie in Deutschland auf rund 20 Millionen Tonnen jährlich.
Die erneuerbaren Energien haben dagegen im Jahr 2007 14 Millionen Tonnen eingespart. Der Anteil der erneuerbaren Energien an der gesamten Stromerzeugung in Deutschland lag 2007 schon bei 14,5 %, der Anteil des Atomstromes dagegen bei 18 % (exportbereinigt).

Lüge Nr. 7: Atomkraft ist eine weltweit unverzichtbare Schlüsseltechnologie...

Atomkraft ist eine Auslauftechnologie. Weltweit werden 439 AKW betrieben. Sie decken 2,5 % des Energiebedarfes.
Bis 2025 werden ca. 280 AKW altersbedingt vom Netz gehen.

FAZIT:
Hände weg vom Höllenwerk Atomkraft und vollständige Hinwendung zu erneuerbaren Energien.
(KT)

Ein Mann tut seine Pflicht

In Spahlonien, einem Landstrich im Lande Frankonia soll ein Bauwerk erstellt werden, welches dauerhaft obskure Strahlen von sich geben soll.

Manchem Ratsherren wurde bei dieser Vorstellung wohl ganz mulmig und der Eine oder Andere trug sich mit dem Gedanken diesen Bauantrag abzulehnen.
Der Obermufti (in zivilisierten Ländern würde man vielleicht Bürgermeister dazu sagen) ist allerdings der Meinung, dass es außer seiner keine andere Meinung dazu geben darf.
Und wenn es einen Ratsherren geben sollte, der sich vielleicht den Luxus leisten wolle eine solche eigene zu haben und gemäß dieser auch noch gegen die Meinung des O. stimmen sollte, dann muss dieser ungehorsame Ratsherr aufgeschrieben werden.

Zu welchem Behufe?
Die Aufgeschriebenen müssen dem Bauwilligen denunziert werden, damit der dann den ungehorsamen Räten die Leviten lesen kann, sprich: sie in Regress nehmen und mit Schadenersatzforderungen überziehen kann.
Deshalb kann die Warnung an die Ratsherren ja nicht vom rechten Weg (der Meinung des Obermuftis von Spahlonien) abzuweichen auch nicht (in keinem Fall) als Nötigung oder gar Erpressung tituliert werden, sondern diese Warnung ist die reine, uneigennützige Pflichterfüllung.
Und es ist ja nicht das erste Mal, dass der Obermufti Spahloniens seine Pflicht erfüllt.

Bereits am 26.1.2006 hat er die Räte daran erinnert, wenn sie entgegen seiner Meinung das Büchergeld in Spahlonien abschafften, dies rechtswidrig wäre und sie Schadenersatz leisten müssten.
Nein, wirklich kein Druck auf die Räte. Reine Nächstenliebe. Pflichterfüllung eben.
(HG)

Sieht es in Rednitzhembach bald so aus?
Bild: J. Kohout

Leserbrief

Ältere Arbeitnehmer werden diskriminiert

Am Beispiel der Sondermüll und der AEG lässt sich beweisen, wie ältere Arbeitnehmer in Deutschland diskriminiert werden.

Gerade ältere Arbeitnehmer finden nach ihrer Entlassung aufgrund einer Werksschließung keinen neuen Arbeitsplatz mehr.
Nach 15 bzw. 18 Monaten endet für diese Arbeitnehmer das Arbeitslosengeld I und sie stürzen in Hartz IV ab, weil gerade ältere Arbeitssuchende keine neue Arbeitsstelle mehr finden.
Wenn sie bei ihrer Entlassung eine Abfindung erhielten, wird diese bis auf einen Freibetrag von 200,-- pro Lebensjahr auf Hartz IV angerechnet.
Zudem müssen diese Abfindungen zum großen Teil voll versteuert werden.
Sie erhalten somit keine Hartz IV- Leistungen und müssen deshalb von ihren Ersparnissen leben. Das ist ein Skandal!
Ihre Rentenansprüche sinken, da auch kaum noch Beiträge gezahlt werden.
Es droht Altersarmut.

Das alles ist schon schlimm genug, aber es kommt noch schlimmer!
Oft erhalten ältere Arbeitnehmer auch noch geringere Abfindungen als ihre jungen Kollegen. So war es bei AEG Nürnberg und auch bei der Schwabacher Sondermüll.
Das widerspricht dem Grundsatz der Gleichbehandlung, denn es ist schon schizophren, wenn ein jüngerer Arbeitnehmer, der leichter eine neue Arbeit findet, auch noch eine höhere Abfindung erhält. Wäre der eine oder andere am Stichtag nur ein Jahr jünger gewesen, hätte das bis zu 50.000,-- mehr Abfindung bedeutet. Das ist eine große Ungerechtigkeit!

Der Geschäftsführer der halbstaatlichen GSB ließ sich nicht mal mehr auf einen Vergleich ein und die älteren Arbeitnehmer blieben auf der Strecke.

Die betroffenen älteren Arbeitnehmer versuchten dann vor dem europäischen Gerichtshof ihr Recht auf Gleichbehandlung durchzusetzen. Aber auch dort wurde ihr berechtigtes Anliegen abgeschmettert.

Zudem sind Sie von den Kommunalpolitkern schwer enttäuscht, da diese Ihre Versprechungen für einen neuen Arbeitsplatz zu sorgen, nicht einhielten.

Die LINKE ist der Auffassung, dass man so mit langjährigen Arbeitnehmern nicht umgehen darf!

Die LINKE setzt sich dafür ein, dass Arbeitnehmern bei Entlassungen mehr Mitspracherecht eingeräumt wird.

Bitte geben Sie deshalb bei den Europawahlen und bei den Bundestagswahlen der LINKEN Ihre Stimme, damit die Rechte der Arbeitnehmer gestärkt werden.

Horst und Christine Bauer, Schwabach, ehemalige Mitarbeiter der Sondermüllanlage

---

Die abgedruckten Leserbriefe spiegeln ausschließlich die Meinung der jeweiligen Verfasser!

Leserbrief

Umbenennung der Hans Meiser Strasse

Die Distanzierung des Schwabacher Stadtrats von den Ehrenbürgerschaften ehemaliger Nazigrößen war längst überfällig. Das reicht jedoch nicht aus.

Man sollte auch einige Strassen umbenennen.
Es ist ein Skandal, dass in Schwabach ehemalige Nazis und deren Aktivisten durch Straßennamen geehrt werden, während verfolgte jüdische Mitbürger totgeschwiegen werden.

Ich selbst schäme mich dafür, in einer Strasse zu wohnen, die den Namen eines Hasserfüllten Antisemiten trägt: Die Hans-Meiser-Strasse!
In Nürnberg und München wurden die dortigen Meiser-Strassen längst umbenannt.
Schwabach sollte endlich diesem Beispiel folgen und die Hans-Meiser-Strasse in Walter-Tuchmann-Strasse umbenennen!

Konsul Walter Tuchmann, ein wohltätiger Mensch, wurde als jüdischer Mitbürger und Besitzer der 3-S-Werke von den Nazis verfolgt und gedemütigt.

Er musste seine Fabrik verkaufen, floh 1937 nach Prag und später in die USA. Er verstarb bald darauf in Mexiko.

Dieser Mann hat die Ehrung durch einen Straßennamen in Schwabach wirklich verdient.

Der Kampf gegen Neonazis wird um vieles glaubwürdiger, wenn Menschen wie Walter Tuchmann durch einen Straßennamen geehrte werden!

Dr. Wil Krüchten, Schwabach

O Ich möchte mehr Informationen über DIE LINKE erhalten
O Ich möchte zu den Veranstaltungen eingeladen werden
O Ich möchte Mitglied der Partei DIE LINKE werden

Name: Vorname:

Anschrift:

e-mail:

Impressum:
Herausgegeben von: DIE LINKE. Kreisverband Schwabach/Roth
V.i.S.d.P.: G.Hartmann, Nelkenweg 8
91126 Rednitzhembach
email: die-linke-sc-rh@nefkom.net
http://www.die-linke-schwabach-roth.de

Druck: Cooperativ-Druck, Humboldtstr. 104, 90459 Nürnberg
Tel.: 0911-8017446
cooperativ-druck@nefkom.net